

DIE LINKE UND DIE ANTISEMITISMUSDEBATTE: WAS BLEIBT?

Zwei Jahre ist es her, dass DIE LINKE sich durch politische Konkurrenz, Medien und Akteur*innen aus dem gesellschaftlichen Raum dem Vorwurf ausgesetzt sah, antisemitische Positionen in ihren Reihen zumindest zu dulden und sie zu bagatellisieren. Auslöser war ein Flugblatt, gefunden auf der Webseite der Duisburger LINKEN, welches üble antisemitische Stereotype enthielt – der *Spiegel* hatte am 27. April 2011 darüber berichtet. Postwendend distanzieren sich die Duisburger- und die NRW-LINKE von diesem Machwerk. Zweifel blieben dennoch: Weshalb konnte eine antisemitische Hetzschrift nahezu ein halbes Jahr, unbemerkt von der Partei, auf ihrer Internetseite abgerufen werden? Als kurze Zeit später die Politikwissenschaftler Samuel Salzborn und Sebastian Voigt den Text „Antisemiten als Koalitionspartner?“¹ veröffentlichten, wallte die Debatte erneut auf. In der Partei selbst, aber auch in der Öffentlichkeit wurde erbittert gestritten. Der Deutsche Bundestag führte schließlich sogar eine Aktuelle Stunde zu den Ausführungen Salzborns und Voigts durch.

ZERREIßPROBEN

DIE LINKE wehrte sich daraufhin vehement gegen den öffentlich erhobenen Vorwurf, antisemitischen Denkmustern Vorschub zu leisten. Ohne Gegenstimme beschloss der Parteivorstand am 21. Mai 2011: „Es gehört zum Bestand LINKER Grundpositionen, gegen jede Form von Antisemitismus in der Gesellschaft vorzugehen. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute nicht und niemals einen Platz. DIE LINKE tritt (...) mit Partnern entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechtsextremistische Handlungen auf.“² DIE LINKE-Bundestagsfraktion folgte diesem Beschluss am 7. Juni 2011 – einstimmig, wie ein Fraktionssprecher versicherte.

Das war ganz klar der Versuch, durch eindeutige Positionierung aus der Defensive zu kommen. Wäre es hierbei geblieben, hätte das sogar gelingen können. Dem Beschluss war jedoch eine Aussage zum Nahost-Konflikt hinzugefügt: „Wir werden uns weder an Initiativen zum Nahost-Konflikt, die eine Ein-Staaten-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer Gaza-Flottille beteiligen. Wir erwarten von unseren persönlichen Mitarbeiterinnen und

¹ Salzborn, Samuel / Voigt, Sebastian (2011): Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, in: Zeitschrift für Politik 58 (2011) 3, S. 290ff. Dieser Text selbst belegt die unterstellte pauschalisierende Schlussfolgerung nicht, greift aber Handlungen und Haltungen auf, die unten noch thematisiert werden.

² Parteivorstand der Partei DIE LINKE (2011): Erklärung des Parteivorstands, abgerufen unter: <<http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/beschluesse/linkeweistanisemitismusvorwuerfezurueck/>> am 04.06.2013.

Mitarbeitern sowie den Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeitern, sich für diese Position einzusetzen.“³

Nur kurze Zeit später wurde bekannt, dass sich ein Drittel der LINKEN-Abgeordneten an dieser Abstimmung nicht beteiligt hatten. Fortgesetzt wurde diese Entscheidung nun aus den eigenen Reihen kritisiert und auch explizit missachtet. „Undemokratisch und gefährlich“ sei dieser Beschluss, so die Bundestagsabgeordnete Annette Groth gegenüber der ARD, eine „Aufkündigung der internationalen Solidarität“.⁴ Der Beschluss, so ergänzt sie in einer persönlichen Erklärung, sei „nur durch psychologischen Druck zustande“ gekommen und werde von ihr nicht mitgetragen.⁵ Andere Abgeordnete dagegen, so die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau,⁶ verteidigten die gefundene Position vehement und nachdrücklich als existenziell für DIE LINKE.

Die Emotionalität der öffentlichen Debatte unter den Beteiligten nahm Züge an, die Beobachter*innen daran zweifeln ließen, die LINKE-Bundestagsfraktion könnte diese Auseinandersetzung unbeschadet überstehen. Mit dem Ziel, die hochgepeitschten Wogen zu glätten, wurde dann am 28. Juni 2011 per Beschluss nachgelegt. „Wir werden als Linke weiterhin die Politik der israelischen Regierungen gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern öffentlich kritisieren, wann immer dies wegen deren Völker- und Menschenrechtswidrigkeit notwendig ist. (...) Es ist nicht hinnehmbar, wenn einer derartigen Kritik an der Politik der israelischen Regierung mit dem Vorwurf des Antisemitismus begegnet wird. Wir werden nicht zulassen, dass Mitglieder unserer Fraktion und Partei öffentlich als Antisemiten denunziert werden, wenn sie eine solche Politik der israelischen Regierung kritisieren. (...) Die inflationäre Verwendung des Begriffs des Antisemitismus schadet dem Kampf gegen ihn.“⁷

³ Bundestagsfraktion DIE LINKE (2011): Positionspapier „Entschieden gegen Antisemitismus“, abgerufen unter: <<http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/entschieden-gegen-antisemitismus-2011-06-07/>> am 04.06.2013.

⁴ Tagesschau (2011): Linkspartei streitet über Antisemitismus-Beschluss, abgerufen unter: <<https://tsarchive.wordpress.com/2011/06/10/linkspartei300/>> am 04.06.2013.

⁵ Vgl. Groth, Annette (2011): Persönliche Erklärung von Annette Groth [zum Beschluss der Bundestagsfraktion vom 07. Juni 2011], abgerufen unter: <[http://www.groth.die-linke-bw.de/index.php?id=4872&tx_ttnews\[cat\]=67%2C66%2C14&tx_ttnews\[year\]=2011&tx_ttnews\[month\]=06&tx_ttnews\[t_news\]=7112&tx_ttnews\[backPid\]=4877&cHash=d585052bbd](http://www.groth.die-linke-bw.de/index.php?id=4872&tx_ttnews[cat]=67%2C66%2C14&tx_ttnews[year]=2011&tx_ttnews[month]=06&tx_ttnews[t_news]=7112&tx_ttnews[backPid]=4877&cHash=d585052bbd)> am 04.06.2013.

⁶ Vgl. Pau, Petra (2011): LINKE und Antisemitismus, abgerufen unter: <http://www.petrapau.de/17_bundestag/dok/110611_an_antisemitismus-beschluss.htm> am 04.06.2013.

⁷ Bundestagsfraktion DIE LINKE (2011): Fraktionsbeschluss „Kritik an israelischer Regierungspolitik ist kein Antisemitismus“, abgerufen unter: <<http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/beschluss-fraktion-linke-28-juni-2011/>> am 04.06.2013.

Auch in der Partei selbst wurde intensiv weiter diskutiert und gestritten. Mit ihrem Beschluss über ein Parteiprogramm am 23. Oktober 2011 in Erfurt bekannte sich DIE LINKE schließlich klar zur deutschen Verantwortung für den millionenfachen Mord an Jüdinnen und Juden. Sie leitete daraus die Verpflichtung ab, gegen jeden Antisemitismus einzutreten und bekräftigte ihr Engagement für das Existenzrecht Israels und eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten.⁸ Mit dieser programmatischen Aussage war die Debatte in ihrer Zuspitzung und Schärfe erst einmal beendet. Die Schlussfolgerung ist zulässig, dass mit der im Parteiprogramm gefundenen Formulierung der Konsens der überwältigenden Zahl von Mitgliedern der Partei DIE LINKE niedergelegt ist.

KONFLIKTE

Die erfreuliche Positionierung im LINKE-Parteiprogramm darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sowohl unter, in der Partei organisierten, Linken als auch im „linken Spektrum“ im weitesten Sinne eine Reihe von Konflikten gibt. Diese Konflikte können auch durch Beschlüsse nicht einfach abgehakt werden, sondern bedürften der weiteren Bearbeitung. Das Bekenntnis des Parteiprogramms markiert allerdings die Grenzen, die für den Meinungsstreit gesetzt sind.

Die Behauptung, in der Partei DIE LINKE „tummelten sich“ – im Gegensatz zu den anderen Bundestagsparteien – massenhaft Antisemit*innen, die unwidersprochen ihrem Treiben frönen dürften, ist zweifelsohne Unsinn. Die Belege des Gegenteils, klare Verurteilungen und Positionierungen, gibt es zahlreich. Sie sind und waren nicht zuletzt Ergebnis und Ausdruck von Debatten, die bereits seit längerer Zeit in der PDS/Linkspartei. PDS/DIE LINKE geführt worden sind und ihr Selbstverständnis als moderne linke Partei betrafen.⁹ Dabei ging und geht es immer auch um das historische Erbe der Linken als Bewegung, vor allem aber um die Konsequenzen, die heute – und im Wissen um den Holocaust – aus diesem historischen Erbe zu ziehen sind. Vor diesem Hintergrund gab es bereits vor 2011 klare Absagen in Partei und Fraktion der LINKEN zu antisemitischen Stereotypen, Bekenntnisse zur Zweistaatenlösung im Nahen Osten und die Betonung des Existenzrechts Israels.

Das eigentliche Problem lag und liegt auch heute noch tiefer. Die Frage ist, welche konkreten und praktischen Folgen die verbale Absage an antisemitische Denkmuster für die konkrete Politik der Partei DIE LINKE und für ihre Funktions- und Mandatsträger*innen hat? Welche Politik Deutschlands und welche Haltungen

⁸ Vgl. DIE LINKE (2012): Programm der Partei DIE LINKE, Berlin, S. 10.

⁹ Dazu ausf. Kessler, Mario / Lederer, Klaus (2012): DIE LINKE, Israel und der Antisemitismus: Thema beendet?, Tel Aviv.

der LINKEN dürfen mit Blick auf die deutsche Geschichte, auf „das Gewand“ des modernen Antisemitismus und in Bezug auf den Nahost-Konflikt vertreten werden und welche nicht? Diese Frage wird DIE LINKE weiter beschäftigen. Insoweit war dieser „Ausbruch“ des Konflikts 2011 in der Partei auch erst der Anfang der Debatte, immerhin mit dem beschriebenen parteiprogrammatischen Ergebnis. Es wäre auch viel zu kurz gegriffen, die innerparteiliche Debatte ausschließlich als Reflex auf die breite Kritik und Geißelung, auf die losgebrochene öffentliche Diskussion, zu reduzieren.

Ja, es handelt sich nicht einmal ausschließlich um eine spezifisch „linke“ Debatte oder um ein spezifisch „linkes“ Problem. Das vermag auch die Vehemenz der medialen Kritik und die Zuspitzung aus den Reihen der anderen Bundestagsparteien zu erklären. Denn auch außerhalb linker Zusammenhänge wird diese Diskussion immer wieder geführt. Hin und wieder wird das anhand von Äußerungen Einzelner deutlich, erinnert sei an Namen wie Jürgen W. Möllemann (FDP), Martin Hohmann (CDU), Jamal Karsli (Grüne) und Thilo Sarrazin (SPD). Die Konzentration der Vorwürfe auf DIE LINKE erleichterte es der Konkurrenz sicherlich auch, von den eigenen blinden Flecken, Defiziten und Baustellen abzulenken.

Das macht es aber für DIE LINKE nicht besser. Dass konkurrierende Parteien und andere Akteur*innen im öffentlichen Diskurs das Thema in durchaus unredlicher Weise für Diffamierung, Simplifizierung und Pauschalisierung benutzen, darf nicht zu „linkistischer“ Wagenburgmentalität verleiten. Es ist in diesem Zusammenhang zumindest erwähnenswert, dass empirische Untersuchungen der Anhänger*innen der LINKEN die niedrigste Reproduktion antisemitischer Stereotype bescheinigen.¹⁰ Aber es gibt sie – das dürfte als Beleg für die Notwendigkeit der Debatte genügen.

Mit dem schwerwiegenden Vorwurf des Antisemitismus muss vorsichtig umgegangen werden. Die Unhaltbarkeit solch ebenso instrumenteller wie geschichtsblinder Thesen wie sie Michael Wolffsohn formulierte, die Linke sei antisemitisch und „muss es sein, wenn sie links sein will“,¹¹ ist unübersehbar und erleichtert nur Versuche, eine differenzierte Debatte zu unterbinden. Gleiches gilt für das unkritische „Abfeiern“ jeglicher israelischer Regierungsakte. Dabei ist eine solche sensible Debatte über die real vorhandenen Probleme genau das, was wir brauchen: offen und ehrlich, sachlich und selbstkritisch, mit einem sensiblen Gespür für die

¹⁰ Vgl. Decker, Oliver / Weißmann, Marliese / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin, S. 85f. Zitiert nach Ullrich, Peter / Werner, Alban (2011): Ist „DIE LINKE“ antisemitisch?, in: Zeitschrift für Politik 58 (2011) 4, S. 427.

¹¹ Wolffsohn, Michael (2011): Die Linke muss antisemitisch sein, in: Financial Times Deutschland vom 25. Juni 2011, abgerufen unter: <http://www.ftd.de/politik/deutschland/:antisemitismus-die-linke-muss-antisemitisch-sein/60068113.html> am 04.06.2013.

Widersprüche und Grauzonen, für die komplexen Konfliktlagen und unzulässige Verzerrungen, für progressive Perspektiven einer internationalistischen Linken.

GRENZZIEHUNGEN

Es wäre naiv anzunehmen, Antisemitismus stelle in einer linken Partei schon qua Selbstverständnis kein ernsthaftes Problem dar. DIE LINKE ist Teil dieser Gesellschaft. Sie bezieht die in ihr vertretenen Traditionen, Positionen und Sichtweisen aus den konkreten Auseinandersetzungen und überkommenen Sichtweisen innerhalb der Gesellschaft. Antisemitische Denkmuster sind in bedenklich großen Teilen der Bevölkerung Deutschlands nach wie vor verbreitet.¹²

Kaum jemand, die oder der sich als „links“ versteht, wird sich selbst für antisemitisch halten. Um geschlossene antisemitische Weltbilder geht es auch in den seltensten Fällen. Das Problem sind Handlungen und Absichten, die von denjenigen, die sie vertreten, gar nicht als antisemitisch wahrgenommen werden, die sich aber in der verhängnisvollen Grauzone bewegen, in der eine klare Abgrenzung zu antisemitischen Stereotypen und Ressentiments unmöglich ist. Naive „Solidarisierungen“ mit objektiv reaktionären „nationalen Befreiungsbewegungen“ oder „Unterdrückten“ werden schnell zur offenen Flanke gegenüber Antisemit*innen und zum Andockfeld für „Querfront“-Strategien.

Das ist für eine ernstzunehmende Linke ein unhaltbarer Zustand. Das macht klare und deutliche Grenzziehungen unabdingbar. Solche Grenzziehungen müssen in einer offenen Auseinandersetzung erarbeitet werden. Das fängt bereits bei der landläufig oft zu hörenden Aussage an, man werde „Israel doch wohl noch kritisieren dürfen.“ Hierin steckt bereits die implizite These, es gebe eine Art Machtkartell oder dunkle Verschwörung, mit Hilfe derer jede Kritik an Israel unterdrückt werde. Israels Regierungspolitik unterliegt faktisch sowohl in der israelischen Gesellschaft als auch anderenorts permanent der Kritik.¹³ Daran ist überhaupt nichts auszusetzen. Das ist selbstverständlich und geschieht alltäglich, ohne dass es hierzu besonderen Aufhebens bedarf. Dass sich unter dem Rubrum „Israelkritik“ aber nicht selten schlichtweg antisemitische Ressentiments verbergen, ist ebenso unverkennbar.

¹² So äußerten sich in einer Studie von 2006 etwa 18 Prozent der Befragten zustimmend zu der Aussage, auch heute noch sei „der Einfluss der Juden zu groß“, und jeweils etwa 13 Prozent zu den Aussagen „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.“ und „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ Vgl. Decker, Oliver / Rothe, Katharina/ Weissmann, Marliese / Geißler, Norman / Brähler, Elmar (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin, S. 481f.

¹³ Als Beispiel nur Lederer, Klaus (2011): Gestrandet in der Finn Street Nr. 1, in: Neues Deutschland vom 17.06.2011, abgerufen unter: <<http://www.neues-deutschland.de/artikel/200024.gestrandet-in-der-finn-street-nr-1.html>> am 04.06.2013.

Die Herausforderung besteht darin, die Äußerungen in ihrem diskursiven Kontext zu betrachten und zu bewerten. Antisemitische Äußerungen kleiden sich besonders gern als Tabubruch. Das geschieht in Formen, „die durch ihre Implikationen, auch durch einen gewissen Gestus des Augenzwinkerns, den Antisemitismus nähren.“¹⁴ Die EU-Arbeitsdefinition Antisemitismus¹⁵ oder der sogenannte 3-D-Test Natan Sharanskys¹⁶ können für die Debatte zur notwendigen Grenzziehung helfen und herangezogen werden, um sich der Grauzonen antisemitischer Stereotype bewusst zu werden.

Hierzu gehört ganz gewiss die Dämonisierung Israels, also die Darstellung als „Inbegriff des Bösen“, wenn beispielsweise Israelis mit Nazis, palästinensische Flüchtlingslager oder der Gaza-Streifen mit Auschwitz verglichen werden oder von einem „Holocaust am palästinensischen Volk“ die Rede ist. Auch das gebräuchliche Anlegen von Doppelstandards (im Vergleich zur Politik anderer Regierungen) bei der Kritik an israelischer Regierungspolitik (oft schlicht verkürzend „an Israel“) ist an antisemitische Ressentiments nahtlos anchlussfähig. Das gleiche gilt für die einseitige „Schuldzuweisung“ und geschichtsblinde, „antizionistische“ Behauptungen, Israels Historie und Politik seien die zentrale Ursache für den Nahostkonflikt. Das Bestreiten der Legitimität des jüdischen Staates ist ebenso hierzu zu zählen. Das wird freilich selten als offensives Infragestellen „des Existenzrechts Israels“ geschehen. Es kleidet sich regelmäßig in die Form seiner Denunziation als „rassistisch“, als „Apartheidsstaat“ oder „letztes Überbleibsel des Kolonialismus“.¹⁷

Im Lichte dieser Betrachtungen sind Handlungen und Haltungen von LINKEN-Repräsentant*innen durchaus manifeste Grenzüberschreitungen, zu denen es verbindlicher linker Abgrenzung bedarf. Schließlich geht es hier nicht um Nebensächliches, um zu vernachlässigende Details. Ohne einen gemeinsamen Kanon von verbindlich bestimmten Grundhaltungen ist die politische Konstituierung der Linken als Partei, Bewegung oder „gesellschaftliche Strömung“ unmöglich. Eine klare Absage an jeglichen Antisemitismus gehört unzweifelhaft zum konstitutiven Grundverständnis für eine Linke. Deshalb waren die eingangs zitierten Beschlüsse und Klarstellungen von Parteivorstand und Bundestagsfraktion, auch im neuen

¹⁴ Adorno, Theodor W. (1966): Erziehung – wozu?, in: ders.: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt a. M., S. 105-119. Zitiert nach: Decker et.al. (2008): S. 264.

¹⁵ Vgl. European Forum on Antisemitism (2008): Arbeitsdefinition „Antisemitismus“, abgerufen unter: <<http://www.europeanforum-on-antisemitism.org/working-definition-of-antisemitism/deutsch-german/>> am 04.06.2013.

¹⁶ Vgl. Sharansky, Natan (2004): Antisemitismus in 3-D. Die Differenzierung zwischen legitimer Kritik an Israel und dem sogenannten neuen Antisemitismus, abgerufen unter: <<http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/sharansky.htm>> am 04.06.2013.

¹⁷ Ebd. (2004).

Parteiprogramm, richtig und auch dringend notwendig. Für „Pluralismus“ ist nur im Rahmen solcher Grundhaltungen Platz.

Es ist für eine Partei letztlich selbstzerstörerisch, wenn immer wieder Einzelne durch ihre Handlungen und Haltungen die gesamte Partei in die politische Mithaftung nehmen. „Boycott“-Aktionen gegen den Verkauf israelischer Produkte, die implizit die Parallele zum Kampf gegen die Apartheid in Südafrika aufrufen, direkte oder indirekte Kooperation mit Hamas-, Hisbollah- oder Millî-Görüş-Vorfeldorganisationen bei der „Gaza-Flottille“ zum „Durchbrechen der Blockade“ des Gaza-Streifens, die erkennbar propagandistisch die „Anprangerung“ Israels „als besonders verbrecherisches und unmenschliches Regime“ verfolgt, die Beschwörung einer „säkular-demokratischen Einstaatenlösung“ im Nahen Osten, Nazivergleiche, öffentliche Auftritte von LINKEN-Bundestagsabgeordneten auf Konferenzen, die auch für fundamentalistische Propaganda genutzt werden, umwunden mit Schals, auf denen die Nahostregion ohne den Staat Israel abgebildet ist – all das waren Handlungen von LINKEN-Repräsentant*innen, die sich außerhalb der so gezogenen Grenze bewegen.¹⁸

Da sie sich nicht durch Beschlüsse „wegdekretieren“ lassen, braucht DIE LINKE die weitere Debatte und Verständigung, gegebenenfalls erneute Erklärungen, Beschlüsse und Grenzziehungen. Und auch diese werden es im Zweifel nicht verhindern können, dass Einzelne dennoch explizit gegensätzlich handeln. Zwischen Instinktlosigkeit, Geschichtslosigkeit und offenem Antisemitismus wird mit solchen Manifestationen jede Differenzierung verunmöglicht. Mehr als beschämend und peinlich muss vor dieser Kulisse genannt werden, dass sich LINKE-Bundestagsabgeordnete anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz (!) in der Feierstunde des Bundestages gegenüber dem Redner und israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres demonstrativ nicht von den Plätzen erhoben haben – mit der Begründung, sie wollten gegen Israels Okkupationspolitik ein Zeichen setzen.

Wenn wir eine Partei sein wollen, die dem schon in ihrem Namen enthaltenen Anspruch gerecht wird, dürfen antisemitische Äußerungen in der LINKEN absolut keinen Platz haben. Deshalb muss die Verständigung und Aufklärung weitergehen. Auch angesichts des schwierigen und sehr ambivalenten Verhältnisses der Linken und der Arbeiterbewegung zum Antisemitismus und zum Staat Israel wäre es unverantwortlich, die Debatte zu verdrängen und zu konstatieren, es gebe überhaupt kein Problem. Dabei muss dem Zusammen-

¹⁸ Mit weiteren Nachweisen vgl. Keßler/Lederer (2012).

hang zwischen Antizionismus und linkem Antisemitismus besonderes Augenmerk gelten. Die Reproduktion der antizionistischen Schwarz-Weiß-Logik aus Zeiten des Kalten Kriegs kann kein Bestandteil einer aufgeklärten, progressiven Linken sein.

Dr. Klaus Lederer ist Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE in Berlin, Rechtsanwalt und Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Dort ist er rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Dieser Artikel wurde im Rahmen der Textreihe „Drei Jahre nach der ‚Free Gaza‘-Flotte – drei Beiträge zum Antisemitismus inner- und außerhalb der LINKEN“ auf der Internetseite des Bundesarbeitskreises (BAK) Shalom veröffentlicht.

29.05.2013 – **WAS DAS FÜR DIE LINKE BEDEUTET: ANTISEMITISMUS UND ANTIZIONISMUS – GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE** von Stefan Kunath, Gründungsmitglied des BAK Shalom

05.06.2013 – **DIE LINKE UND DIE ANTISEMITISMUSDEBATTE: WAS BLEIBT?** von Dr. Klaus Lederer, Landesvorsitzender DIE LINKE Berlin

12.06.2013 – **EIN „MASSAKER“ „GEGEN DIE WELT“. DIE „FREE GAZA“-FLOTTE UND DER ISRAELBEZOGENE ANTISEMITISMUS DER MITTE** von Daniel Poensgen, Sozialwissenschaftler aus Berlin